



Beschlussvorlage

- öffentlich -

VL-127/2026

Fachbereich	Hauptamt / Ordnungsamt
Federführendes Amt	Hauptamt
Sachbearbeiter	Ralf Antonowitsch
Datum	26.08.2026
Beteiligtes Amt	BGM / Finanzverwaltung / Ordnungsamt

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Gemeindevertretung der Gemeinde Limeshain	08.09.2026	beschließend
Haupt - und Finanzausschuss		vorberatend

Betreff:

**Antrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion in der Gemeindevertretung der Gemeinde Limeshain zur Gemeindevertretersitzung am 08.09.2026
Bezuschussung der Busfahrkarten für die Schüler und Schülerinnen der Grundschule Limeshain, deren Schulweg weniger als 2 Kilometer Fußweg beträgt.**

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung möge folgenden Beschluss fassen:

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Zuschussung der Busfahrkarten für Schülerinnen und Schüler der Grundschule Limeshain möglich ist, deren einfacher Schulweg weniger als 2 Kilometer Fußweg beträgt und die deshalb keinen Anspruch auf eine kostenfreie Schülerbeförderung haben.

Im Rahmen der Prüfung sind insbesondere folgende Punkte zu untersuchen:

- die rechtlichen Voraussetzungen und Zuständigkeiten für eine freiwillige Zuschussung durch die Gemeinde,
- mögliche rechtliche oder organisatorische Hürden bei der Umsetzung,
- die Zahl der potenziell anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler,
- die voraussichtlichen jährlichen Kosten für verschiedene Fördermodelle (z. B. vollständige oder anteilige Kostenübernahme),
- mögliche Finanzierungsoptionen sowie
- der erforderliche Verwaltungsaufwand.

Nach Abschluss der Prüfung legt der Gemeindevorstand die Ergebnisse einschließlich einer Beschlussempfehlung dem Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung vor.

Finanzielle Auswirkungen:

-/-

Sachdarstellung:

Schülerinnen und Schüler mit einem Schulweg von weniger als 2 Kilometern erhalten nach den geltenden Regelungen grundsätzlich keine kostenfreie Schülerbeförderung. Dennoch kann die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs für viele Familien sinnvoll oder erforderlich sein, beispielsweise aus Gründen der Verkehrssicherheit, aufgrund ungünstiger Witterungsverhältnisse oder individueller familiärer Gegebenheiten. Eine mögliche Bezuschussung durch die Gemeinde könnte Familien finanziell entlasten, die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs fördern und den Bring- und Holverkehr mit dem Pkw im Umfeld der Grundschule reduzieren. Gleichzeitig ist vor einer politischen Entscheidung zu klären, ob eine solche freiwillige Leistung rechtlich zulässig, organisatorisch umsetzbar und finanziell vertretbar ist.

Mit dem Prüfauftrag soll eine belastbare Entscheidungsgrundlage geschaffen werden, auf deren Basis der Haupt- und Finanzausschuss sowie anschließend die Gemeindevertretung über das weitere Vorgehen beraten und entscheiden können.

Anlage(n):

1. Antrag GRÜNE Bezuschussung Busfahrkarten Schüler weniger 2 km Schulweg